



Erklärung zur Finanz- und Wirtschaftskrise

http://www.kommunal-ist-optimal.de/index.php/Aktuelle_Ereignisse

Privatisierung stoppen – Gemeingüter stärken

Das Versagen der Finanzmärkte zeigt, dass Märkte nur ein ungenügendes Mittel zur Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft sind. Dies muss zu einem Umdenken führen. Die Umwandlung öffentlicher Monopole geschah in dem Glauben an die regulierenden Kräfte des Marktes. Politikerinnen und Politiker auf EU-, Bundes-, Landes-, und Kommunalebene handelten entsprechend. Es wurde übersehen, dass öffentliche Aufgaben durch Profitorientiertes Handeln im Widerspruch zu staatlichen Pflichtaufgaben geraten können. Hinzu kommt das Risiko der Einschränkung der demokratischen Kontrolle. Viele Erfahrungen mit der Privatisierung öffentlicher Aufgaben belegen ihre negativen Wirkungen. Das öffentliche Eigentum, welches in vielfältiger Weise den liberalisierten Finanzmärkten überlassen wurde, kollabiert. Beschreitet man diesen Weg weiter – wie es immer noch der Fall ist – werden wir wohl erleben, dass unsere Energieversorgung oder unsere Rentenversicherung zusammen bricht.

Die Unterzeichnenden fordern deshalb, sämtliche laufenden Liberalisierungs- und Privatisierungsprozesse zu stoppen und alle vergangenen zu überprüfen. In wichtigen gesellschaftlichen Bereichen muss die öffentliche Hand wieder gestärkt oder zur öffentlichen Daseinsvorsorge zurückgekehrt werden.

Dies betrifft vor allem: Finanzsystem, Eisenbahn, Post, Energieversorgung, Rentenversicherung, Gesundheitsversorgung und Abfallentsorgung. Die Begünstigung von Fonds (Hedge Fonds, Private Equity Fonds, Real Estate Investment Trusts), durch die immer größere Teile des öffentlichen Eigentums zu Finanzanlagen umgewandelt werden, muss ein Ende finden. Ebenso die Förderung von öffentlich-privaten Partnerschaften zu stoppen, weil diese zu einer unglücklichen und riskanten Vermischung von Staat und Wirtschaft führen.

Die generelle Zielsetzung muss eine demokratische Struktur sein, die den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ein starkes Fundament gibt. Das ist eine Aufforderung an die deutsche Politik, auch wenn sie momentan durch EU – Vorgaben zur Liberalisierung gezwungen ist, soll sie sich für eine Revision dieser Vorgaben einsetzen.

Die EU wird dadurch keinen Schaden nehmen, sondern im Gegenteil gestärkt werden, weil die Bürgerinnen und Bürger sehen, dass ihre Interessen in Brüssel zur Geltung kommen. An die Stelle des aktuellen Modells „europaweiter Wettbewerb“ soll das Modell „europaweite Kooperation“ treten. Um diese Wende abzusichern, sollen die europäischen Verträge abgeändert werden. Die gegenwärtige marktliberale Ordnung der EU muss endlich durch eine an Grundrechten sowie sozialen und ökologischen Zielen orientierte Ordnung ersetzt werden, in der Märkte dem Staat und der Gesellschaft untergeordnet sind.

Februar 2009

Erstunterzeichner:

- APRI – Bundesweites Netzwerk lokaler Antiprivatisierungsinitiativen
- Mietervereine im Mieterforum Ruhr
- APRIL-Netzwerk – Antiprivatisierungsinitiative Leipzig
- Bahn von unten
- Wasser in Bürgerhand
- BI „Mülheim bleibt unser“